

„Bürgermeisterkandidat 2041“: Marlon Pfohl begleitet Lutz Peters

Im Rahmen des Zukunftstages nahm der Herzberger Schüler an einer Sitzung des Betriebsausschusses teil. Inhaltlich ging es dort unter anderem um Wassergebühren.

Von Paul Beier

Herzberg. Einen adrett gekleideten Begleiter hatte Bürgermeister Lutz Peters zur jüngsten Sitzung des Betriebsausschusses mitgebracht: Schüler Marlon Pfohl war im Rahmen des Zukunftstags zu Gast im Herzberger Rathaus und durfte dem Bürgermeister bei verschiedenen Amtshandlungen über die Schulter schauen. Peters präsentierte ihn den Ausschussmitglieder augenzwinkernd als „Bürgermeisterkandidat 2041“.

Aufmerksam verfolgte Marlon, wie die Ratsleute unter anderem über einen Antrag der AfD-Fraktion zur Einführung von gestaffelten Wassergebühren berieten, diesen aber schließlich nicht befürworteten.

Aus dem Antrag ergab sich für die Verwaltung der Auftrag, Möglichkeiten zu untersuchen, die Basiswassermenge von 100 Litern pro Person und Tag den Bürgern zu einer sozial verträglichen Gebühr zur Verfügung zu stellen. In der Sitzung bezeichnete AfD-Ratsherr Reiner Plümer das ihm vorliegende Gutachten der Stadtverwaltung als detailliert. Er könne ihr aber nicht in allen Punkten folgen. Deshalb beantragte er, die durchgeführte Untersuchung weiter zu bearbeiten.

Im Einzelnen erläuterte Jens Mackensen von den Städtischen Betrieben die auch den Ausschussmitgliedern vorliegende Expertise. Unter anderem begründete er auch die Erklärungen, warum eine auf



Aufmerksamer Zuhörer: Schüler Marlon Pfohl begleitet am Zukunftstag Bürgermeister Lutz Peters. FOTO: P. BEIER / HK

einer Personenzahl basierende Abrechnung von Verbrauchsmengen technisch und aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Anhand von Beispielrechnungen zeigte Mackensen Vor- und Nachteile der geprüften Möglichkeiten auf.

Vorschlag zu neuer Berechnung „nicht zielführend“

In dem Antrag der AfD ging es auch um Wasserersparnisse. Um einen sorgsameren Umgang mit Trinkwasser in langen Trockenzeiten zu erreichen, könne das Versorgungsunternehmen die Verwendung für

bestimmte Zwecke beschränken, soweit dies zur Sicherstellung der allgemeinen Wasserversorgung erforderlich sei, so Mackensen. Insgesamt wurde festgestellt, dass aus Sicht der Verwaltung eine gestaffelte Trinkwasserversorgung nicht zielführend sei.

Dem Beschlussvorschlag, diesem Antrag der AfD-Fraktion zur Einführung gestaffelter Wassergebühren in der Stadt Herzberg nicht zu entsprechen, stimmten die Ausschussmitglieder bei einer Gegenstimme zu. Man sei mit den Vorschlägen am Ende, so Bürgermeis-

ter Lutz Peters. Den Verbrauch von 100 Litern pro Person und Tag habe man bei überschaubaren Wasserpreisen bereits schon jetzt fast erreicht. Deshalb stimme auch er dem Vorschlag zu, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses stimmten außerdem den Änderungen der Gebührensatzungen für Trink- und Abwasser (Behandlung von Absatzmengenzählern – sogenannten „Gartenzählern“) zu. Damit werde, so Frank Heinrich, eine rechtliche Gleichstellung erreicht.